

Bitkom Bildungsscheck

Wahl zum Berliner
Abgeordnetenhaus 2026

Einleitung

Berlin zählt zu den führenden Digitalstandorten Deutschlands: Im **Bitkom-Länderindex 2026** belegt das Land hinter Hamburg den zweiten Platz, getragen von einer außergewöhnlichen Dichte an Startups und IT-Unternehmen. Mit rund 30 Prozent aller deutschen KI-Startups ist Berlin zudem der führende KI-Standort des Landes.

Um diese Position halten zu können, muss Berlin auch bei der digitalen Bildung eine Führungsrolle übernehmen. Denn Bildung ist die wichtigste Ressource der Stadt für eine zukunftsfähige Gesellschaft und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Es braucht die konsequente Nutzung der Chancen der Digitalisierung für zeitgemäßen **Unterricht an Schulen**, eine zukunftssichere **Ausbildung und Fachkräftesicherung** sowie die **digitale Teilhabe** der gesamten Stadtgesellschaft.

Als Hauptstadt steht Berlin dabei unter besonderer Beobachtung: Was hier bildungspolitisch gelingt oder scheitert, strahlt weit über die Stadtgrenzen hinaus. Vor diesem Hintergrund kommt der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 eine besondere Bedeutung zu. Ob Berlin auch zur digitalen Bildungshauptstadt wird, entscheidet der nächste Senat. Er muss digitale Bildung dafür zur Priorität machen.

Ob die Parteien diesem Anspruch gerecht werden, zeigt der **Bitkom Bildungscheck**: Anhand der bildungspolitischen Grundpositionen des Bitkom wertet er die Standpunkte und Maßnahmen zur digitalen Bildung in den Wahlprogrammen der derzeit im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien aus:

- CDU Berlin
- SPD Berlin
- Bündnis 90/Die Grünen Berlin
- Linke Berlin
- AfD Berlin

Bitkom ist eine strikt überparteiliche Organisation. Die Auswertung ergibt sich ausschließlich aus der inhaltlichen Übereinstimmung der Wahlprogramme mit den bildungspolitischen Positionen der digitalen Wirtschaft und ist unabhängig von parteipolitischen Präferenzen. Es handelt sich dabei nicht um eine Wahlempfehlung, sondern um ein Informationsangebot zur digitalen Landespolitik.

Blitzbewertung

CDU Berlin

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei der Stärkung digitaler Bildungsinfrastruktur und den konkreten Initiativen zur internationalen Fachkräftesicherung, die gezielt die Bedarfe der Digitalwirtschaft in den Blick nehmen. Es fehlen eine Perspektive auf eine wettbewerbsorientierte Ausrichtung des Bildungsmarkts und Positionen zu einem gemeinsamen Vorgehen mit der Wirtschaft bei digitaler Teilhabe und zu einer Strategie gegen Desinformation.

SPD Berlin

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei den Chancen digitaler Bildung und setzt mit Vorschlägen wie einem IT-Budget und Endgerät-als-Service neue Impulse bei der digitalen Infrastruktur von Schulen. Die branchenübergreifende KI-Kompetenzförderung von Beschäftigten ist ein Schwerpunkt der beruflichen Bildung. Kritisch sind die Forderungen nach einem restriktiven Umgang mit Smartphones an Schulen und die Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage, die Unternehmen und insbesondere die Startup-Wirtschaft zusätzlich belasten würde.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Das Wahlprogramm setzt begrüßenswerte Schwerpunkte bei der Fachkräftesicherung mit früher informatischer Bildung, Fachkräftezuwanderung für die IT-Branche und Frauenförderung im MINT-Bereich. Geringe Übereinstimmung zeigt sich bei den Chancen digitalen Lernens und der digitalen Infrastruktur an Schulen, die im Programm unerwähnt bleiben. Bei der Digitalisierung der Schulbildung stehen primär kritische Medienkompetenz und der Schutz vor Risiken der digitalen Welt im Vordergrund. Lösungen aus der digitalen Bildungswirtschaft in der Schule stoßen auf Kritik.

Die Linke Berlin

Das Wahlprogramm beinhaltet insbesondere bei der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft kritische Positionen: Digitale Lösungen aus der Bildungswirtschaft und von EdTechs im Schulbereich werden abgelehnt. Statt Desinformation und Fake News rückt es digitale Plattformen als Gefahr für die Demokratie in den Fokus. Die Digitalisierung am Arbeitsplatz gilt eher als Risiko. Bei der Förderung digitaler Teilhabe und Medienbildung zeigt das Programm positive Ansätze.

AfD Berlin

Das Wahlprogramm widerspricht den Zielen zukunftsfähiger digitaler Bildung und die vorgeschlagenen Maßnahmen können sowohl den Bildungschancen junger Menschen als auch der Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die digitale Wirtschaft schaden. Statt der Chancen der Digitalisierung wird eine ausgeprägte Skepsis gegenüber digitalem Unterricht in der Schule hervorgehoben. Internationalen Fachkräften soll die Integration in den Arbeitsmarkt erschwert werden, Förderprogramme für Frauen werden kritisiert. Ein systematisches Vorgehen gegen Desinformation wird abgelehnt.

Die AfD positioniert sich auch über die Bildungspolitik hinaus in ihrer politischen Grundhaltung und ihren Forderungen gegen die Interessen der digitalen Wirtschaft. Weitere Details in unserer [Einordnung der Positionen der AfD aus Perspektive der digitalen Wirtschaft](#).

Bitkom-Positionen zur digitalen Bildung

Basis für die Analyse sind die folgenden Grundpositionen der digitalen Wirtschaft in drei Themenfeldern der digitalen Bildungspolitik.

Digitale Bildung in Schulen

- **Digitalisierung als Chance begreifen:** Digitale Bildung ist entscheidend für Deutschlands Zukunft und eine Chance für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.
- **Zukunftsfähige digitale Infrastruktur von Schulen sicherstellen:** Schulen müssen mit einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet sein.
- **Auf die Innovationskraft der digitalen Bildungswirtschaft setzen:** Der Bildungssektor sollte sich stärker wettbewerbsorientiert ausrichten und auf bewährte marktverfügbare Lösungen aus der digitalen Bildungswirtschaft, von innovativen EdTechs und außerschulischen Anbietern setzen.
- **Weiterbildung zu digitalem Lehren und Lernen für Lehrkräfte stärken:** Für das Gelingen digitaler Bildung sind Lehrkräfte entscheidend. Sie müssen beim Aufbau der dafür nötigen Kompetenzen unterstützt werden.
- **KI-Potenziale im Unterricht nutzen:** Künstliche Intelligenz ist längst im Schulalltag angekommen. Es braucht Zugang zu geeigneten Anwendungen, um die Potenziale für Individualisierung und Differenzierung im Unterricht wirksam zu nutzen.
- **Beim Umgang mit Smartphones die Schulautonomie stärken:** Statt gesetzlicher Pauschalverbote müssen Schulen mit abgestuften, rechtssicheren Leitlinien bei individuellen Regelungen zum Umgang mit privater Smartphonennutzung unterstützt werden.



Zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung

- **Duale Ausbildung modernisieren:** Digitales Lernen, zeitgemäße Ausstattung von Berufsschulen und digitale Berufsorientierung stärken die digitale Ausbildung. Zusätzliche Belastungen für Unternehmen wie die Berliner Ausbildungsplatzumlage sind nicht zielführend.
- **Weiterbildung stärken:** Weiterbildung ist ein zentraler Hebel für die Fachkräftesicherung. Digitale Formate und Lerntechnologien bieten große Potenziale in der beruflichen Bildung.
- **KI-Kompetenzen von Beschäftigten gezielt fördern:** Künstliche Intelligenz verändert die Berufswelt grundlegend. Beschäftigte brauchen verlässliche Angebote, um KI-Kompetenzen aufzubauen.
- **Zuwanderung von Fachkräften erleichtern:** Angesichts des wachsenden IT-Fachkräftemangels müssen qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland schneller in den deutschen Arbeitsmarkt finden. Einwanderungsprozesse müssen vereinfacht und durchgängig digitalisiert werden.
- **Erwerbspotenzial von Frauen in der IT heben:** Frauen sind in IT-Berufen nach wie vor unterrepräsentiert. Es braucht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gezielte Förderprogramme.



Kompetenzen für eine resiliente digitale Gesellschaft

- **Medienkompetenz und informatische Bildung in der Schule verankern:** Die Schule muss Schülerinnen und Schüler befähigen, sich sicher und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen. Medienkompetenz und informatische Grundbildung sind dafür unerlässlich.
- **Digitale Kompetenzen altersübergreifend vermitteln:** Digitale Kompetenzen sind die Zukunftskompetenzen schlechthin. Sie sind die Grundvoraussetzung für Teilhabe an der digitalen Gesellschaft und für selbstbestimmtes Handeln im Alltag. Es braucht eine flächendeckende Vermittlung im Rahmen des lebenslangen Lernens.
- **Digitale Teilhabe für alle:** Wir müssen die digitale Spaltung unserer Gesellschaft überwinden. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft und Bildungsgrad müssen alle Menschen an der digitalen Welt teilhaben können. Dafür braucht es niedrigschwellige Lernorte, Barrierefreiheit und die gezielte Einbindung bislang abgehangener Gruppen.
- **Desinformation gemeinsam bekämpfen:** Fake News und Desinformation sind eine Gefahr für unsere Demokratie und gefährden das Vertrauen in digitale Dienste und Plattformen. Ihre Bekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelingen kann.





Der Bitkom Bildungsscheck

Der Bitkom Bildungsscheck analysiert die Wahlprogramme und bewertet die Übereinstimmung mit den bildungspolitischen Grundpositionen der digitalen Wirtschaft **qualitativ** in vier Abstufungen.

■ ■ ■ Hoch ■ ■ □ Mittel ■ □ □ Niedrig □ □ □ Keine

Digitale Bildung in Schulen

CDU



Die CDU Berlin sieht Digitalisierung als »grundlegende Voraussetzung« für guten Unterricht (S. 60) und benennt **klare Ziele zur Endgeräteausstattung**, digitaler Infrastruktur und Lehrkräftequalifizierung. In dem Einsatz künstlicher Intelligenz sieht sie »bessere Bildungschancen« (S. 60). Es fehlt ein klares Bekenntnis zur **Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft** und einer stärkeren wettbewerbs- und innovationsorientierten Ausrichtung des Bildungssektors.

SPD



Die SPD Berlin misst **digitaler Bildung hohe Priorität** bei und fordert »eigene IT-Budgets für Schulen« sowie »Endgerät-als-Service für Schüler*innen« (S. 42). KI-Kompetenzen gelten im Programm als »fester Bestandteil schulischer Bildung« (S. 41). Eine gezielte Qualifizierung für digitales Lehren und Lernen von Lehrkräften fehlt. Die SPD Berlin fordert einen **restriktiven Umgang mit Smartphones an Schulen** und ein gesetzliches Verbot an Grundschulen.

Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen Berlin rahmen digitale Bildung vorrangig unter dem Aspekt von kritischer Medienkompetenz, KI-Verständnis und dem **Umgang mit Risiken der digitalen Welt** (S. 190). Maßnahmen zur digitalen Ausstattung von Schulen fehlen im Wahlpapier. Die Grünen Berlin setzen auf **Schulautonomie statt pauschaler Verbote** beim Umgang mit Smartphones (S. 190). Mit Verweis auf Abhängigkeiten kritisiert das Wahlprogramm die Zusammenarbeit mit wirtschaftlichen Akteuren im Bildungsbereich (S. 115). Bei digitaler Lehrkräftebildung bleibt das Programm lückenhaft.

Die Linke



Die Linke Berlin thematisiert – trotz einer Forderung nach digitaler Grundausstattung von Schulen – **Digitalisierung und Künstliche Intelligenz im Bildungskontext** primär unter **Risikواسpekten** (Kap. 10). Die **Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft** und EdTechs im Bildungsbereich sieht sie grundsätzlich kritisch und will länderübergreifende Entwicklungen bei KI-Tools bevorzugen (Kap. 10).

AfD



Die AfD Berlin zeigt ein **digital- und innovationsskeptisches Bildungsverständnis**. Sie steht digitalem Unterricht an Schulen als »naive Hoffnung« grundsätzlich ablehnend gegenüber (S. 30). Statt moderner Bildung setzt sie auf »Bildschirmfreiheit« und ein weitgehendes gesetzliches Smartphone-Verbot (S. 30).



Zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung

CDU



Die CDU Berlin will die **internationale Fachkräftegewinnung** für die Digitalbranche mit gezielten Maßnahmen erleichtern. Sie fordert dazu ein Fast-Track-Programm, eine Erweiterung der EU Blue Card auch »für IT-Fachkräfte ohne Hochschulabschluss« und einen Business Immigration Service (S. 45f.). **Weiterbildung** soll als »vierte Säule« des Bildungssystems gestärkt werden (S. 65). Die Berliner Ausbildungsplatzumlage will die CDU Berlin kritisch evaluieren. Für eine umfassende Strategie zur Fachkräftesicherung fehlen im Programm **Positionen zu KI-Kompetenzen** und der Erschließung des Erwerbspotenzials von Frauen.

SPD



Die SPD Berlin setzt mit »branchen- und berufsübergreifender« **KI-Kompetenzförderung von Beschäftigten** (S. 8) und der vereinfachten Anerkennung ausländischer Abschlüsse samt »Unternehmensgründungsvisum« (S. 52) auf zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung. Sie will **Hochschulen als Orte der Weiterbildung** stärken (S. 44) und Unternehmensgründungen von Frauen (S. 13) fördern. Die von der SPD Berlin geplante Umsetzung der **Ausbildungsplatzumlage** würde Unternehmen und insbesondere die Startup-Wirtschaft allerdings zusätzlich belasten.

Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen Berlin stellen mit der »Qualifizierungsoffensive« inklusive KI-Kompetenzen (S. 111) und der gezielten Anwerbung internationale Fachkräfte »gerade auch aus der Tech-Branche« (S. 100) sowie der Förderung von Frauen im MINT-Bereich (S. 217) zentrale **Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel** heraus. Die geforderte »umlagefinanzierte **Ausbildungsgarantie**« (S. 197) ist nicht zielführend für eine Weiterentwicklung der dualen Ausbildung.

Die Linke



Die Linke Berlin befürwortet ausdrücklich die **Ausbildungsplatzumlage** (Kap. 05/06), was zusätzliche Belastungen für die Unternehmen der Digitalwirtschaft bedeuten würde. **KI am Arbeitsplatz** versteht sie primär über Schutz und Mitbestimmung (Kap. 17) und verbindet die Positionen zur Stärkung von Weiterbildung nicht gezielt mit KI-Kompetenzen. Die **Anerkennung von Berufsabschlüssen** will die Linke Berlin angesichts des Fachkräftemangels beschleunigen (Kap. 06). Lücken bestehen allerdings bei IT-spezifischer Fachkräftezuwanderung sowie bei Frauen in IT-Berufen.

AfD



Die AfD Berlin vertritt Konzepte, die **internationalen Fachkräften** die Integration in den Arbeitsmarkt systematisch erschweren sollen (S. 11). Fachkräftegewinnung im Ausland lehnt sie grundsätzlich ab (S. 21). Die AfD Berlin spielt dabei Weiterbildung und die Stärkung beruflicher Bildung als vermeintliches Gegengewicht strategisch gegen die Einwanderung von Fachkräften aus (S. 50). Spezifische **Förderprogramme für Frauen** lehnt die AfD Berlin ab (S. 60).



Kompetenzen für eine resiliente digitale Gesellschaft

CDU



Die CDU Berlin misst Medienkompetenz eine hohe Bedeutung bei und will **Medienbildung als »Demokratiebildung«** (S. 64) verbindlich an allen Schulen verankern. Desinformations-erkennung soll hiermit ausdrücklich verknüpft werden. »Menschen jeden Alters« will sie den **Zugang zur digitalen Bildungsgesellschaft** eröffnen (S. 65). Im Programm fehlen jedoch die Einführung des **Pflichtfachs Informatik** und eine Einbindung der Wirtschaft als aktiver Partner in einer breitangelegten Strategie gegen Desinformation.

SPD



Die SPD Berlin adressiert resiliente digitale Gesellschaft breit, mit starkem Fokus auf digitale Teilhabe (S. 61). Schon in der Grundschule sollen Kinder »Cybersicherheit, Cybermobbing und Desinformation kennenlernen« (S. 41). Das Programm fordert eine **Berliner Strategie für Zusammenhalt im Netz** (S. 29). Digitalkurse in Bibliotheken und Volkshochschulen sollen gestärkt, die **Digitalisierung in der Erwachsenenbildung** unterstützt werden (S. 43). Es fehlt eine Position zum **Pflichtfach Informatik** und zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei der Desinformationsbekämpfung.

Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen Berlin setzen einen Schwerpunkt auf **Medienkompetenzbildung in der Schule** und fordern die »curriculare Integration der Kompetenzen der Informatik und Medienbildung verpflichtend ab der 1. Klasse in allen Schulformen« (S. 190). Lebenslanges digitales Lernen im Alter (S. 217) soll gefördert und **Zugänge erleichtert** werden (S. 249). Beim Thema **Desinformation** setzen die Grünen auf Regulierung statt eines gemeinsamen Vorgehens mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft (S. 233).

Die Linke



Die Linke Berlin stellt sich **gegen ein gemeinsames Vorgehen mit der Wirtschaft zum Schutz der Demokratie** in der digitalen Gesellschaft: Nicht Desinformation und Fake News, sondern Medienplattformen und ihre vermeintliche »Meinungsmacht« (Kap. 17) bezeichnet sie als schädigend für die Demokratie. **Digitale Teilhabe** versteht sie als »Grundrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge« (Kap. 07), befürchtet aber gleichzeitig einen Zwang zu digitalen Angeboten (Kap. 17). Niedrigschwellige Zugänge konkretisiert sie mehrfach (Kap. 07/09/17) und versteht Medienbildung als Kernaufgabe des Bildungssystems (Kap. 10) – die Bedeutung **informatischer Bildung** erkennt sie dabei jedoch nicht an.

AfD



Die AfD Berlin zeigt im gesellschaftspolitischen Bereich eine **grundsätzliche Digitalskepsis**, sieht »Ausgrenzung« älterer Menschen und will analoge Zugänge als Alternative zur Digitalisierung sichern (S. 51). Die angestrebte Förderung des Informatikunterrichts an weiterführenden Schulen bleibt unkonkret (S. 27). Eine Medienkompetenzstrategie fehlt. Die aktive **Bekämpfung von Desinformation und Fake News lehnt die AfD Berlin ab** und befürchtet stattdessen staatliche »Zensurbestrebungen« (S. 90).

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 700 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.

Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Lewis Erckenbrecht | Referent für Bildungspolitik & Digitale Gesellschaft

T +49 30 27576-309 | l.erckenbrecht@bitkom.org

Gianna Albrecht | Referentin Landespolitik & Internationales

T +49 30 27576-366 | g.albrecht@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Bildungspolitik und Arbeitsmarkt

Copyright

Bitkom 2026

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.